

AKBO: Bahn will Bestandstrasse „durchboxen“

Politik müsse mehr Geld für den Bau der Schienenanbindung bereitstellen.

Oldenburg – Der Arbeitskreis Bahntrasse Oldenburg (AKBO) fordert die Lokalpolitiker auf, angesichts der Ablehnung der 2+1-Trassenführung durch die Bahn in Kiel Druck auf die Landesregierung zu machen. „Unser scharfer Appell geht nunmehr an alle lokalpolitischen Vertreter, sich über dieses Vorgehen zu empören und vorrangig die Landesregierung nochmals daran zu erinnern, dass es bei der Schienenanbindung um eine Entscheidung für die nächsten 100 Jahre geht“, heißt es. Bürgerinteressen dürften schon allein deshalb nicht leichtfertig übergangen werden.

Die sich jetzt abzeichnende Ablehnung des 2+1-Konzeptes für den Südkreis sei nach Ansicht des

AKBO seitens der Bahn rein wirtschaftlich motiviert und deshalb auch nicht unerwartet. Die Bahn sei durch die knappen Budgets, die das Bundesverkehrsministerium bereitstelle, geradezu gezwungen, die Billigvariante „Bestandstrasse rücksichtslos durchzuboxen“, so die Aktivisten weiter. Die Verantwortung für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel liege daher bei der „hohen Politik und nicht bei der Bahn“. Es gelte, an den entscheidenden Stellen die notwendigen Mittel einzufordern.

Es wäre „ein Schlag ins Gesicht unserer Demokratie“, wenn die eingebrachten 8000 Stellungnahmen im Raumordnungsverfahren „weitestgehend wirkungslos verpuf-

fen“ würden, und eine 2+1-Variante nicht berücksichtigt würde.

Auch Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) wird von der AKBO in die Pflicht genommen. Dieser habe erst vor wenigen Tagen im Beisein von Bahnchef Grube versprochen, dass es Aufgabe der Landesregierung sei, die bestmögliche Trasse zu finden und dass er dafür die Bürger im Verfahren mitnehmen wolle. Das müsse auch für die Prüfung der Westtrasse bei Oldenburg gelten. Der Kreis Ostholstein sowie die Gemeinden Oldenburg, Göhl, Neukirchen sowie Heringsdorf mit insgesamt rund 13 000 Einwohnern hätten per demokratischem Mehrheitsvotum die zusätzliche Prüfung einer solchen Trasse gefordert. „Da-

bei geht es uns wohlgemerkt um die Prüfung, nicht den ultimativen Bau“, so AKBO-Sprecher Jens Junkersdorf.

Die Bahn hatte Ende vergangener Woche die Ergebnisse ihrer Analyse der 2+1-Variante bekannt gegeben. Danach sei der Ausbau der Bestandstrasse durch die Bäderorte dem Neubau einer ortsfernen Neubautrasse für den Güter- und Personenfernverkehr unter Erhalt der Bestandstrasse für den Personennahverkehr vorzuziehen. Das der Analyse zugrundeliegende Bewertungsschema sowie die Interpretation der vom Kreis Ostholstein vorgeschlagenen Variante war zuvor bereits unter anderem vom Kreis kritisiert worden. *hm*